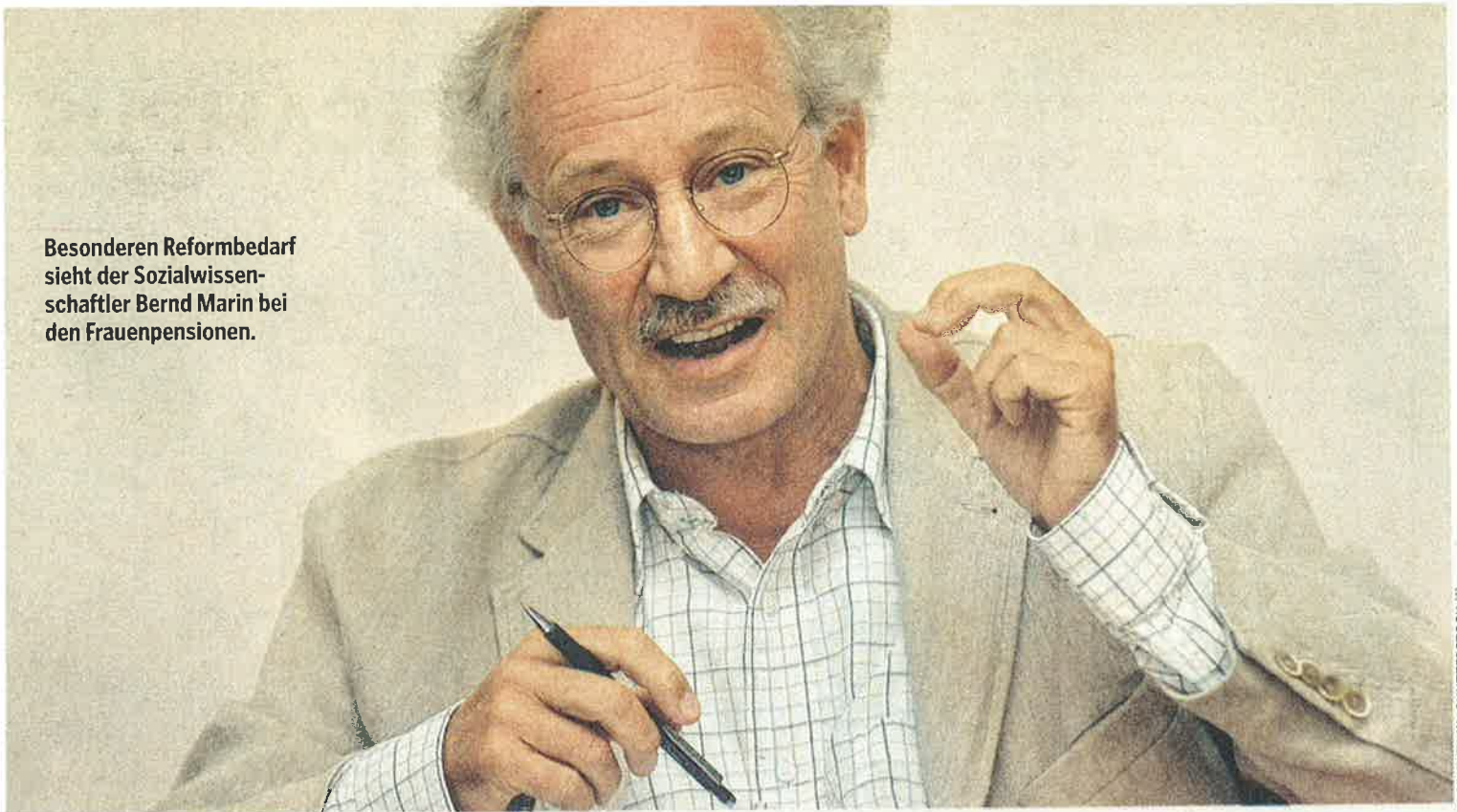


Besonderen Reformbedarf sieht der Sozialwissenschaftler Bernd Marin bei den Frauenpensionen.



# Zur Zukunft der Pensionen

Mehr Beitragsgerechtigkeit bei den Pensionen fordert der Wiener Pensionsexperte Bernd Marin.

BERND MARIN

**C**hronische Stagnation in der Eurozone, auch Staatsbankrotte mangels Budgetkonsolidierung sind weiter nicht auszuschließen. Sie sind nicht unausweichlich, aber auch – nicht nur in Griechenland – nicht ganz unwahrscheinlich. Und ohne Pensionsstabilisierung ist auch in Österreich kein ausgeglichener Haushalt und damit längerfristig kein nachhaltiges Wachstum möglich.

Denn selbst bei wirtschaftlichem Wiederaufschwung und „Schönwetter“-Bedingungen stehen wir vor noch nie dagewesenen Herausforderungen: allein die alterungsbedingten Mehrkosten im Fiskus für Gesundheit, Pflege und Pensionen werden bis 2030 jährlich eine Konsolidierung in Höhe der Konjunkturbelebungs- und Bankenrettungspakete nach Finanzcrash und weltweiter Rezession ab 2008 erfordern.

Dafür reicht das „größte Sparpaket aller Zeiten“ bis Mai 2012 keinesfalls. Im Bereich der Pensionen stopft es gerade einmal ein Zehntel des jährlichen „Pensionslochs“ von derzeit rund 14 Milliarden Euro (gutmütig gerechnet, unter Imputierung fiktiver Arbeitgeberbeiträge des Staats für seine Staatsdiener).

## „Schlechte“ Schulden

Ich gehe davon aus, dass das Pensionssystem in Österreich zwar gut überlebensfähig, aber auch überholungs- und reparaturbedürftig ist; dass das solidarische Umlageverfahren des Generationenvertrags beizubehalten, aber zu mehr Beitragsgerechtigkeit (das schwedische Modell) weiterzuentwickeln ist; dass systematische Unterdeckung auf Dauer untragbar ist; dass Konsumschulden für Pensionsdefizite im Gegensatz zu Investitionen (in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, F&E) „schlechte“,

weil nicht selbstfinanzierende, sondern dauerhaft verlorene Schulden sind.

Fehlentwicklungen wie die folgenden sind weder finanziell noch politisch, ethisch und moralisch vertretbar. Spitzenausgaben für Pensionen bei unzureichender Beschäftigung sind nicht nachhaltig. Österreich kann nicht internationaler „Ausreißer“ bei Frühverrentungen und -invalidisierungen bleiben und weiter ständig gegenüber OECD-Standards zurückfallen: 90 Prozent der ÖsterreicherInnen sind vor 65 im Ruhestand.

Haltlose Zahlungszusagen, 50 Prozent über den Beiträgen, bedeuten Beitragslücken für jede vierte ASVG-Pension, jeden zweiten Beamten-Ruhegenuss, jede dritte Rente, schon heute! Warum jede Pension mit 100.000, jede Beamtenpension mit 400.000 Euro und Sonderrechte für Altpolitiker, „Dienstordnungspensionen“ der SV oder von OeNB-Mitarbei-

## ZUR PERSON

Bernd Marin, geboren 1948 in Wien, Sozialwissenschaftler. Studien in Wien und Harvard. Von 1984 bis 1988 Professor for Comparative Political and Social Research am Europäischen Hochschulinstitut, der EU-Universität in Florenz, 1986/87 Dekan für Gesellschaftswissenschaften. Seit 1988 Executive Director des mit den Vereinten Nationen verbundenen Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien.



tern pro Kopf mit Millionen Euro auf Kosten der nachwachsenden Generationen subventionieren? Ständische Pensionsprivilegien kosten Milliarden Euro jährlich, 15 Prozent aller Pensionslasten, und demoralisieren zutiefst.

Die chronischen Pensionsdefizite sind längst höher als der Zinsendienst für die gesamte akkumulierte Schuldenlast der Republik. Die Beitragslücke (das „Pensionsloch“) verdoppelt sich etwa jedes Jahrzehnt. Eine dreiviertel Million „PensionistInnen“ sind im besten Erwerbsalter, wir zahlen bis zu 180 Renten pro 100 Personen über 65, über 2,5 Millionen Pensionen bei nur 1,4 Millionen über 65-Jährigen.

Gleichzeitig ist das jährliche Haushaltseinkommen eines durchschnittlichen Pensionistenehepaares über 30.000 Euro netto, die mittlere Lebenspensionssumme 566.000 Dollar pro Kopf, 50 Prozent über deutschem und OECD-Niveau. Kein Wunder, dass Pensionisten mit 19 Prozent eine fast doppelt so hohe Sparquote haben als Erwerbstätige.

### Frauenpensionen

Rund 330.000 Frauen waren noch vor kurzem ohne *Eigenpension* bzw. etwa 150.000 Frauen über 60 *ohne jede Pension*. Frauen haben weiter kaum die halbe Monatspension und höhere Armutsrisiken, aber wegen der viel längeren Lebenserwartung und großzügiger Witwenrenten eine höhere Lebenspensionssumme als Männer (608.000 vs. 525.000 \$). Also unwürdig „späte Freiheit“ aus Abhängigkeit und abgeleiteten Rechten statt Gleichberechtigung, wie sie auch der Europäische Gerichtshof durch geschlechtsneutrales Pensionsalter und Sterbetafeln (die beide Frauen begünstigen!) verlangt. Hierzulande erfolgt eine volle Angleichung mit 40-jährigem Übergang erst ab 2034, womit Österreich EU-Schlusslicht wäre.

Mit der fortgesetzten Weigerung, EU-Recht und

-Empfehlungen (wie zuletzt im EU-Weissbuch 16.2.2012) zügig umzusetzen ist Österreich mit ungleichem Frauempensionsalter bei bzw. sogar hinter Ländern wie Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Estland, Georgien, Israel, Kasachstan, Kirgistan, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowenien, Tadschikistan, Tschechien, Tunesien, Türkei, Turkmenistan, der Ukraine, Usbekistan und Weißrussland. Denn sehr viele davon haben nur ein bis zwei und nicht fünf Jahre Differenz, alle EU-Länder werden die Angleichung rasch, Estland etwa 2013, Rumänien 2015 abgeschlossen haben. Nachzügler

„Pensions-  
system ist  
überlebens-  
fähig, aber  
überholungs-  
bedürftig.“

Bernd Marin

wie das Vereinte Königreich oder Italien heben das Frauempensionsalter in sechs bis acht Jahren um ganze sechs Jahre an, also 72 Monate gegenüber Null in Österreich im nächsten Jahrzehnt.

Längst haben fast alle modernen westlichen Wohlfahrtsstaaten von Skandinavien über Deutschland, Frankreich, Holland, Luxemburg, aber auch Kanada und die USA, fast alle Mittelmeer-, einzelne osteuropäische und Balkanländer gleiches Pensionsalter. Dass Frauen heute, im Gegensatz zu 1993, als der 40-jährige Übergang verfassungsrechtlich einzementiert wurde, vom ungleichen Alter doppelte Diskriminierung, Nachteile am Arbeitsmarkt, bei Weiterbildung wie bei den Pensionen haben ist wissenschaftlich unbestritten, aber politisch noch immer nicht angekommen.

